

Zürich

Wolff setzt auf
«Dialog mit allen»

AL-Stadtrat Richard Wolff will bei den Wahlen mit pragmatischen Lösungen und Deeskalation punkten.

Von Martin Huber

Zürich - Er sei zuversichtlich, am 9. Februar wiedergewählt zu werden. Dies sagte Polizeivorsteher Richard Wolff gestern, als er mit seinem Unterstützungskomitee vor die Medien trat. Der Vertreter der Alternativen Liste war im Frühling überraschend in den Stadtrat gewählt worden, wo er das Polizeidepartement übernehmen musste.

«Allen bürgerlichen Unkenrufen zum Trotz ist mit meiner Amtsübernahme kein sicherheitspolitisches Chaos ausgebrochen», sagte Wolff. Sowohl im Stadtrat als auch im Polizeidepartement setze er bei jedem Thema auf Dialog mit allen, auf vernünftige Lösungen, die von allen getragen werden können. Als Beispiele nannte er Gespräche mit Fanvertretern von Fussballclubs und Besprechungen mit dem Polizeikommandanten im Bestechungsfall bei der Sittenpolizei.

Wie Wolff weiter erklärte, will er im Polizeidepartement bleiben - «falls der Gesamtstadtrat nicht anders entscheidet». Bei einer Wiederwahl will er sich für eine «Politik der Deeskalation auf allen Ebenen» einsetzen. Wichtig sind ihm auch ein bürgernaher, zuverlässiger Service public mit gut ausgebildetem und motiviertem Personal - und der Erhalt von kreativen Nischen. Eine Räumung des teilweise besetzten Labitzke-Areals in Altstetten kommt für ihn deshalb vorerst nicht infrage. Mit Gesprächen und etwas Ausdauer komme man zu besseren Lösungen, das habe sich im Binz und im Koch-Areal gezeigt.

Vertreter des Komitees betonten Wolffs pragmatische und lösungsorientierte Art. Laut AL-Kantonsrat Markus Bischoff setzt sich Wolff «mit Biss» für eine erfolgreiche linke Politik in Zürich ein. Er habe nicht polarisiert, was gerade im Polizeidepartement sehr wichtig sei. Alt-CVP-Gemeinderat Robert Schönbächler würdigte Wolff als politischen Allrounder, der sich mit seiner Sachlichkeit, seiner überlegten, ruhigen und toleranten Art auf allen Seiten Ansehen erworben habe. Unterstützt wird der AL-Kandidat auch vom VPOD.

«Sonnenklar»
für Energiezonen

Zürich - Gemeinden sollen Gebiete festlegen können, in denen Bauten einen höheren Anteil an erneuerbarer Energie aufweisen müssen als die derzeit vorgeschriebenen 20 Prozent. Dies verlangt das neue Planungs- und Baugesetz, über welches das Stimmvolk am 9. Februar befindet (TA von gestern). Das Pro-Komitee hat gestern seine Kampagne «Sonnenklar» gestartet. Es setzt sich aus Exponenten aller grösseren Parteien zusammen, wobei vor den Medien betont wurde, dass es sich um eine «Kann-Formulierung» und damit um eine liberale Vorlage handle. Gemeinden können Energiezonen ausscheiden, müssen aber nicht. Ihre Autonomie werde dadurch bestärkt, und der Entscheid falle dort, wo man genau wisse, welche Form von Energieträger wo Sinn mache. Die Vorlage schaffe aus Sicht der lokalen Zürcher Wirtschaft mehr Investitionssicherheit, betonte ein Vertreter der Unternehmerinitiative Neue Energie Zürich. Die Gegner, darunter der Hauseigentümergebiet, befürchten, dass die Neuerung zu massiv höheren Mieten führt. Der Mieterverband hat zwar keine Parole gefasst, aber er widerspricht, dass davon Neubauten betroffen seien, nicht aber Umbauten oder Sanierungen. (net)



Kampf gegen das Aussterben: Weiblicher Edelkreb mit Eiern, gezüchtet in einem Wasserreservoir am Unteralbis. Foto: Doris Fanconi

Die hiesigen Krebse sind aus
dem Türlerseer verschwunden

Im letzten Sommer hat die Krebspest im Türlerseer den ganzen Bestand der einheimischen Krebse ausgelöscht. Es war die grösste Population des Kantons.

Von Helene Arnet

Aeugst/Zürich - Vor einem Jahr lautete eine der wenigen guten Nachrichten des Zürcher Krebs-Experten Rolf Schatz: Im Säuliamt gibt es noch keine ausländischen Krebsarten. Zurzeit erhebt Schatz zusammen mit freiwilligen Helfern den Krebsbestand der kantonalen Gewässer und hat unter anderem festgestellt, dass in der Stadt Zürich die einheimischen Krebse ausgestorben sind. Nicht zuletzt weil sie von ausländischen Krebsarten verdrängt wurden. Im Säuliamt aber, vorab im Türlerseer bei Aeugst, fand er noch eine gesunde Population von Edelkrebsen. Diese ist in diesem Sommer verschwunden. Die Krebspest ist im Säuliamt angekommen.

«Tausende von Tieren sind im Türlerseer diesen Sommer verendet», sagt Rolf Schatz. «Das war eine riesige Population, wohl die grösste noch bestehende im Kanton.» Bei der Krebspest handelt es sich um eine Pilzkrankung, die um 1860 durch amerikanische Krebsarten in Mitteleuropa eingeschleppt wurde. Während die zugewanderten Arten gegen die Krebspest immun sind, gehen die einheimischen Arten daran elend zugrunde. Der Pilz befällt ihre Gelenke, innert zehn Tagen fallen ihnen die Beine ab. Ein einziger Amerikanischer Sumpfkrebse reicht aus, um in einem Gewässer den ganzen Bestand auszulöschen.

Postulat für Krebsperren

Nur: Rolf Schatz hat bisher im Türlerseer keinen einzigen «Amerikaner» gefunden. Was vordergründig ein Hoffnungsschimmer scheint, ist in Wirklichkeit ein weiterer Tiefschlag in den Bemühungen der Tierschützer. Es ist nämlich ein Beleg dafür, dass die Krebspest auch von Wasservögeln von einem Gewässer ins andere getragen wird. Oder auch mit den Gummistiefeln der Fischer oder anderen Anglerutensilien. Rolf Schatz sagt: «Die Situation ist dramatisch.» Umso wichtiger sei es, jene Gewässer im Kanton zu schützen, in denen noch einheimische Krebsarten leben.

Genau dies fordert GLP-Kantonsrätin Barbara Schaffner aus Otelfingen in

einem Postulat, das von über 60 Parlamentariern unterschrieben und dadurch automatisch für dringlich erklärt wurde. Darin fordert sie vom Regierungsrat einen Aktionsplan zur Rettung der einheimischen Krebsarten und eine baldmögliche Umsetzung. «Baldmöglichst» heisst in diesem Fall: schneller, als die Mühlen der Politik mahlen. Die Antwort des Regierungsrats müsste zwar noch diesen Monat erfolgen, doch hat er bei Überweisung ein Jahr Zeit, um mögliche Massnahmen aufzuzeigen. Schaffner sagt: «Ich erhoffe nicht nur ein Papier, sondern möglichst bereits die-

«Wir müssen die wenigen Rückzugsgebiete der einheimischen Krebse abschotten und damit einen Genpool erhalten.»

Krebs-Experte Rolf Schatz

sen Winter Massnahmen in Form von Krebsperren in einigen sensiblen Gewässern.» Krebschwellen sind glatte Rampen, die so steil sind, dass Fische sie noch passieren können, die Krebse aber abrutschen.

Den Ausschlag für das Postulat gab eine Entdeckung, die Rolf Schatz im Furttal gemacht hat. Seine Kartierung ergab in einem Bach in Dällikon noch einen schönen Bestand von einheimischen Steinkrebsen - während der nahe Katzensee an der Zürcher Stadtgrenze und sein Ausfluss, der Furtbach, vom Amerikanischen Sumpfkrebse besetzt ist. Im September erreichte Schatz ein Anruf, die Wiese und der Acker beim Fussballfeld in Regensdorf seien voller Krebse. Er eilte hin und fand eine Invasion der «Roten Amerikaner» auf dem Landweg in Richtung Dällikon. Offenbar hatten sich die Sumpfkrebse im Bereich des Katzensees derart vermehrt, dass sie sich neuen Lebensraum suchten.

«Mit Krebschwellen könnte kurzfristig verhindert werden, dass die ausländischen Krebsarten ihre Gewässer ver-

lassen und in noch intakte Gewässer einwandern», sagt Kantonsrätin Schaffner. Rolf Schatz ergänzt: «Wir müssen die verbliebenen Rückzugsgebiete der einheimischen Krebse abschotten und damit einen Genpool erhalten.» Dieser Schatz in einem stillgelegten Wasserreservoir von Bedeutung werden, sollte dereinst eine Krebspest-Immunsierung für einheimische Arten möglich sein.

Abfischen kaum möglich

Weshalb fischt man die ausländischen Arten nicht einfach ab? Schatz winkt ab: «Sie haben keine Chance, alle zu erwischen.» Das Abfischen habe zudem den Nachteil, dass man nur die grossen Exemplare erwische, die kleine Artgenossen fressen und damit den Bestand wenigstens ansatzweise regulieren. Schatz setzt auch Hoffnung in die Sensibilisierung der Bevölkerung - vorab von Gemeindeangestellten. So bietet er zusammen mit der Hochschule Wädenswil in diesem Sommer ein Seminar für Werkhofmitarbeiter an. Gezeigt wird, wie man mit einheimischen Beständen umgehen muss. Und wie das Risiko, dass ausländische Bestände sich ausbreiten, vermindert werden kann.

Könnte man nicht einheimische Krebse in gesunden Gewässern aussetzen? Das sei möglich, aber nicht unproblematisch. So seien bei Steinkrebsen die natürlichen Populationen so fragil, dass man den Ursprungsbestand gefährde, wenn man einzelne entfernt und anderswo einsetzt. Deshalb züchtet Rolf Schatz in einem stillgelegten Wasserreservoir in Langnau am Albis Steinkrebse, die er im Chräbsbach in Thalwil und im Gontenbach im Sihlwald auswildert. Das funktioniert dort ganz gut, wo es nicht zu viele Fische hat, welche die jungen Krebse fressen. Nur: So viele geeignete Krebsgewässer gebe es gar nicht. «Der grösste Feind der einheimischen Krebse sind nicht die «Amerikaner», sondern wir selbst», sagt Schatz. «Wir müssen dringend unsere Gewässer renaturieren. Nicht nur den Krebsen zuliebe.»

Bilder zum Krebssterben: www.krebse.tagesanzeiger.ch

SVP hält nichts
von Ruth Genners
Mischverkehr

Die Stadt Zürich setzt im Verkehr auf eine Koexistenz der Teilnehmer: Mischverkehr heisst das neue Zauberwort.

Von Thomas Zemp

Zürich - Was die Stadt im Verkehrsreich auch plant: Die linke Seite quitiert es mit Applaus, die rechte hält es für eine Katastrophe. So reagieren die beiden Pole auch im neuen Jahr beim ersten verkehrspolitischen Papier, das Stadträtin Ruth Genner (Grüne) gestern präsentierte. Der Titel ist nüchtern und trocken: «Konzept für Tempo- und Verkehrsordnung mit ÖV-Trassierungen». Dieses soll helfen, die Stadträume in den Quartierzentren aufzuwerten und zudem zur Strassenlärmsanierung beitragen. «Nicht das Recht des Stärkeren soll die Verkehrsabläufe bestimmen, sondern die gegenseitige Verantwortung (Regeln, Beachtung und Verständigung)», steht im Konzept.

Die Grünen der Stadt Zürich loben, dass die Bemühungen der letzten Jahre, die Stadt attraktiver zu machen, damit konkretisiert würden. Gleichzeitig helfe das Konzept beim Lärmschutz. Für die SVP dagegen verfehlen Genners Ideen die Ziele gänzlich. Der Verkehr werde dadurch nicht verflüssigt, er suche sich viel eher Schleichwege durch die Quartiere, sagt Fraktionschef Mauro Tuena.

Autos und Tram auf einer Spur

Konkret geht es bei Tuenas Kritik um Mischverkehrstrecken, auf denen sich der Autoverkehr und der öffentliche Verkehr künftig denselben Fahrstreifen teilen sollen. Die Stadt will diese Strecken dort einführen, wo der Platz knapp ist. Zum Beispiel im Quartierzentrum Albisrieden, an der Kraftstrasse oder an der Stampfenbachstrasse. Dort sollen Tram und Autos stadteinwärts künftig eine Spur bis zur Einmündung der Nordstrasse teilen, statt auf eigenen Spuren zu fahren. Damit erhalte man Platz für die beiden Fahrradspuren, die der Masterplan Velo vorsieht, sagt Verkehrsplaner Christoph Suter vom Tiefbaudepartement. Die Stadt teile Tuenas Befürchtungen wegen Rückstaus und Schleichverkehr nicht, sagt Suter.

Die Hauptverkehrsstrassen will die Stadt bei Tempo 50 halten. Sie sieht im Konzept aber Ausnahmen vor: kurze Abschnitte in den Quartierzentren oder in zentrumsähnlichen Bereichen mit Haltestellen. Dort könne Tempo 30 eingeführt werden. Zur Lärmsanierung könne auf regional klassierten Strassen Tempo 30 geplant werden. Im Konzept sind dazu gegen 40 Strassenabschnitte aufgeführt - neu ist diese Liste jedoch nicht. Es beinhaltet weitere Temporeduktionen, zum Beispiel am Mythenquai von 60 auf 50 Kilometer pro Stunde. In der Mitteilung verweist das Tiefbaudepartement darauf, dass Temporeduktionen zur Lärmsanierung bis Ende März 2018 umgesetzt sein müssen, damit der Bund diese subventioniert. Die Stadt will diese wenn möglich nur mit Signalisationen und Markierungen umsetzen. Falls bauliche Massnahmen notwendig sind, sollen sie in Bauprojekte integriert oder mit Provisorien realisiert werden.

Die Ziele, die die Stadt mit dem Konzept verfolgt, umreisst sie folgendermassen: «Die Gestaltung des Strassenraums soll die Dominanz des motorisierten Verkehrs verringern. Durch eine neue Aufteilung des Strassenquerschnitts wird Platz zugunsten des Fuss- und Veloverkehrs gewonnen.» Und: «Nur die Angleichung der Geschwindigkeiten auf einem tiefen Niveau, das allen Verkehrsteilnehmenden gerecht wird, ermöglicht deren Koexistenz im begrenzten Strassenraum.»

Anzeige

 MARC RICHLI bisher, 1964, Instrumentenrestaurator und Musiker, Zürich 3	 MARCEL STAUDTE 1970, Aussendienstmitarbeiter, Zürich 12	 MARIANNE AUBERT bisher, 1960, Theaterpäd., admin. Leiterin, Zürich 7+8	 THOMAS HUONKER 1954, Historiker, Zürich 11	 RACHEL JENKINS 1965, Pflegefachfrau HF, Zürich 10
---	--	---	--	--

ERFOLGREICH FÜR ZÜRICH

Gemeinderatswahlen vom 9. Februar 2014:
Liste 1, SP wählen!

Corine Mauch als Stadtpräsidentin und Stadträtin.
André Odermatt, Claudia Nielsen und Raphael Golta in den Stadtrat.
Zudem Daniel Leupi, Markus Knauss und Richard Wolff in den Stadtrat.
Marie Schurr als Bezirksgerichtspräsidentin.

ja SP

SP Stadt Zürich | www.spzuerich.ch